

AL Info⁵ / 16

3

«Früher gab's jedesmal Tränengas und Gummischrot», sagt Stephan Schnidrig und beurteilt auch das aktuelle Vorgehen der Polizei bei Demos kritisch.

4

Kinderbetreuung: Nicht einmal 30% sagten an der Urne Ja zu unserer Initiative. Niggi Scherr analysiert das klare Scheitern.

6

Kantonsspital Winterthur: Kaspar Bütikofer ist zuversichtlich, dass die Privatisierung per Referendum verhindert werden kann.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

JA zum geordneten Atomausstieg

Zugegeben, die letzte Wunde ist noch frisch. Aber wir bleiben dran und versuchen mit ungebretem Elan, die eigene Basis zu mobilisieren und dich als Leser/-in des AL-Infos zu motivieren, am 27. November JA zu sagen zum geordneten Atomausstieg und damit eine existenzielle Entscheidung für die Zukunft der Schweiz zu treffen.

Energiewende ohne Exitstrategie

Blicken wir zurück. Im Mai 2011 war von einem «historischen Tag» die Rede, als der Bundesrat beschloss, aus der Atomenergie auszusteigen. Zwar ohne konkreten Zeitplan, ohne fixe Lebensdauer für laufende Atomkraftwerke und ohne ein Konzept zur Umsetzung. Aber die Zeit war reif und der von Doris Leuthard eingeleitete Kurswechsel war fast ein bisschen revolutionär. Der Reaktorunfall in Japan führte allen mit entsetzlicher Klarheit vor Augen, was für ein gewaltiges Sicherheitsrisiko die Produktion von Atomstrom – zumal in einem dichtbesiedelten Land wie der Schweiz – darstellt.

Energiestrategie 2050

Aus dem Ausstiegsbekenntnis von 2011 resultierte die «Energiestrategie 2050», mit der klaren Absage an Betriebsbewilligungen für neue AKW's und dem Bekenntnis zu erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz. Was allerdings fehlt, sind Regelungen zur schrittweisen Ausserbetriebnahme der laufenden Reaktoren. Die AKW-Betreiber haben erfolgreich lobbyiert und das Parlament hat sogar das moderate, von der Nuklearaufsicht ENSI

geforderte Langzeitbetriebskonzept aus dem Reformplan gekippt. Damit fehlt jede wirksame Kontrolle der Uralt-Reaktoren und die Schweiz bleibt in Sachen AKW-Risiko Schlusslicht in Europa. Diese Lücke schliesst die Ausstiegs-Initiative. Sie verlangt: Nach 45 Jahren Laufzeit ist Schluss. Den Worten müssen auch Taten folgen und die Energiewende ist erst vollzogen, wenn kein Atomstrom mehr produziert wird. Die Initiative macht Nägel mit Köpfen: ab 2017 werden Beznau I, II und Mühleberg vom Netz genommen, 2024 Gösgen und 2029 Leibstadt. Ab dann können wir die Jodtabletten wegschmeissen.

Tatsachen

Tatsache ist, dass weltweit noch nie ein AKW so lange am Netz hing wie Beznau I. Tatsache ist, dass die Stromversorgung der Schweiz problemlos funktioniert, ob-

wohl Beznau I seit über einem Jahr wegen Sicherheitsproblemen stillliegt. Sogar jetzt, wo Leibstadt (16% der Inlandproduktion) wegen Überprüfungen nicht am Netz ist. Tatsache ist, dass wir auch mit Atomkraft vom Ausland abhängig sind. Uran muss importiert werden, einheimische erneuerbare Energien machen uns dagegen unabhängiger. Tatsache ist: AKW-Strom ist und bleibt Dreckstrom, während die importierten Strommische der Nachbarländer immer sauberer werden. Und die wichtigste Tatsache: es ist unbestritten, dass wir den Atomstrom mit 100 Prozent einheimischen, erneuerbaren Energien ersetzen können. Darum tun wir es endlich und eliminieren das Risiko eines Reaktorunfalls so bald wie möglich. Und stellen die Weichen für eine saubere und fortschrittliche Energiepolitik in der Schweiz.

Dayana Mordasini



Sofie braucht keinen Atomstrom.

ja.

am 27. November zum geordneten Atomausstieg bis 2029

geordneter-atomausstieg-ja.ch

Parolen und Positionen

Abstimmungen vom 27. November

BUND

Volksinitiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» **JA**

KANTON ZÜRICH

Planungs- und Baugesetz **JA**
Volksinitiative «Schutz der Ehe» **NEIN**

Termine

Freitag, 4. November, 18:30 Uhr,
Opernhaus Zürich

Buch-Vernissage: «Das Doppelleben des Polizisten Willy S.» von Tanja Polli

Dienstag, 8. November, 19 Uhr,
Kulturmarkt Zürich

Buch-Vernissage: «Nur noch für die Miete schaffen...? 125 Jahre Zürcher Mieterbewegung (1891 – 2016)». Mit Autor Niklaus Scherr

Dienstag, 29. November, 19 Uhr,
AL-Vollversammlung Stadt Zürich

Impressum

Alternative Liste (AL)
Molkenstrasse 21, 8004 Zürich
www.al-zh.ch

Sekretariat

Corin Schäfli und Markus Gafner
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 6-mal jährlich

Auflage/Druck: 2000 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Redaktion: Dayana Mordasini, Corin Schäfli, Niklaus Scherr, Attilio Stoppa, Markus Gafner.

Layout: Corin Schäfli, Markus Gafner

Erfolg für die AL: ewz bleibt demokratisch kontrolliert!

Die Medien haben breit darüber berichtet. Der vorberatenden Kommission ist die Sensation gelungen: Nach rund einem Jahr Beratung beantragt sie dem Gemeinderat, auf die Weisung zur Ausgliederung des ewz in eine öffentlich-rechtliche Anstalt gar nicht erst einzutreten. Das ist das traurigste Schicksal, das einer stadträtlichen Weisung widerfahren kann. Folgt der Rat nämlich dem Antrag seiner Kommission – und damit ist zu rechnen – ist die Sache schlicht und einfach erledigt.

Als Kommissionsmitglied galt dieser Weisung neben vielen anderen Kommissionsgeschäften mein Hauptaugenmerk. Die AL hat sich als einzige Partei bereits ganz früh unmissverständlich gegen die Ausgliederung ausgesprochen. In Medienmitteilungen, Blogs und Veranstaltungen haben wir von Beginn weg mobilgemacht. In dieser frühen Phase ging es uns mit dem klaren Positionsbezug auch darum, die potentiellen Bündnispartner SP und Grüne ins Boot zu holen. In beiden Parteien war es anfänglich alles andere als klar, ob sich die Gegne-rInnen der Vorlage würden durchsetzen können. Mit unserer konsequenten und klaren Haltung haben wir die Opposition im links-grünen Lager gegen die Ausgliederung des ewz gestärkt.

Die Stimmen von links-grün reichen aber noch nicht für eine Mehrheit in

Kommission und Rat. Die FDP hatte zwar früh signalisiert, dass sie eigentlich viel weiter gehen möchte, also zur direkten Umwandlung des ewz in eine private Aktiengesellschaft, aber so frontal wollte sie sich dem zuständigen FDP-Stadtrat Andres Türlér dann doch nicht in den Weg stellen. Blieben also nur noch die Grünliberalen und die SVP. Die GLP erwies sich einmal mehr als Partei des «Sowohl-als-auch» und fiel als Bündnispartnerin aus.

Schliesslich hat die SVP, in der sich Ausgliederungsskeptiker und Anhänger der Vollprivatisierung die Waage halten, in der Kommission den Antrag auf Nichteintreten gestellt. Die AL hat ihr den Vortritt gelassen.

Ein schlaumeierischer Versuch der FDP, mit einem last-minute-Rückweisanspruch – Umwandlung in eine private AG statt in eine Anstalt – die SVP aus der Nichteintretens-Koalition herauszubrechen, blieb ohne Erfolg. Für einmal blieb die SVP den Sirenenklängen der Wirtschaftsliberalen gegenüber taub. Es versteht sich von selbst, dass wir uns in der Begründung meilenweit von der SVP unterscheiden, und so wird die AL ihre Position zum Nichteintreten auch eigenständig im Rat vertreten.

Andreas Kirstein,
Fraktionspräsident Gemeinderat

Die AL in Aktion

In einem breiten Bündnis protestiert die AL am 6. Oktober gegen die Schliessung der Postfiliale beim Helvetiaplatz. Einer von vielen Kämpfen gegen den Abbau im Service Public: «Unsere Post muss bleiben!».



«Jedesmal gab's Tränengas und Gummischrot»



Stephan Schnidrig engagiert sich seit zwei Jahren bei der AL. Im Interview spricht er über seine Politisierung, das Auftreten der Polizei gestern und heute und die Zukunft der AL.

Stephan, bist du eigentlich in der Stadt aufgewachsen?

Nein. In Oberengstringen, in der Agglo also. In einem ziemlich bürgerlichen Umfeld. Als ich 16 war, musste ich wegen meiner familiären Situation nach Zürich in ein Heim. Ich besuchte in dieser Zeit auch die Kantonsschule in der Stadt. Ich erlebte dann verschiedene soziale Probleme mit, wie etwa die Wohnungsnot und die offene Drogenszene.

Dann wurdest du in der Stadt politisiert?

Ja. Mitte/Ende der 1980er. Vor allem durch die Wohnungsnot. Jeden Donnerstag demonstrierten wir im Niederdorf und jedesmal gab's Tränengas und Gummischrot. Aus dieser Bewegung und aus vielen kleineren Besetzungen entstand dann die Wohlgröth, die grösste Besetzung der Schweiz (1991-1993), die kulturell und sozial sehr viel bewegt hat.

Tränengas und Gummischrot wöchentlich? Geht die Polizei heute friedfertiger mit Demonstrierenden um?

Jein. Wir haben damals mit Steinen und Farbeiern geworfen, worauf die Polizei mit Gewalt reagiert hat. Die Demos, an denen meine Töchter heute teilnehmen – z.B. Schüler- und Welcome Refugees-Demos – werden mit Gummigeschossen zusammengetrieben, ohne, dass es zuvor zu irgendeiner Form von Gewalt gekommen wäre. Auch war es früher normal, Demos durch die Bahnhofstrasse laufen zu lassen.

Heute werden sie schon daran gehindert, die Langstrasse zu betreten. Das ist eine Verschärfung. Auch wurde etwa in den 1990ern der Dialog zum Teil noch direkter gesucht. Bobby Neukomm, der SP-Polizeivorsteher von 1990 bis 1998, hat sich auch schon mal vor ein besetztes Haus gestellt und mit den Leuten geredet. Richi Wolff hat es da, denke ich, schwieriger, gerade weil er mehr persönliche Beziehungen in die Szene hatte oder hat.

Von daher sind oder waren vielleicht gewisse Erwartungen und Enttäuschungen grösser... Vieles liegt hier am Kommando der Polizei, auch das Personal auf allen Hierarchiestufen spielt eine Rolle. Diese Verhältnisse politisch zu beeinflussen und zu ändern, ist schwierig. Ich möchte aber ergänzen, dass gerade in letzter Zeit die Polizeieinsätze an Demos wieder verhältnismässiger ausgefallen sind. Und wir hatten Anfang Oktober eine gute AL-Sitzung zum Thema Polizeiarbeit.

Was sollte sich in der AL in Zukunft bewegen?

Ein Problem ist, dass wir zwar viele Leute haben, die Ämter besetzen, aber wenig Aktive, die freiwillig Zeit investieren. Für all das, was wir machen wollen, ist die Basis oft zu klein. Besonders brennend ist im Moment auch die Frage, wie es weitergehen soll mit der Regierungsbeteiligung. Ich finde nicht, dass wir zurückkrebsen sollten. Aber damit verbunden ist natürlich nach wie vor das Thema Polizei und was wir daraus machen können. Besonders die Freiheit im städtischen Raum ist ein Anliegen, das mir nahe liegt. Zum Beispiel, was mit dem Koch-Areal passiert, wo auch zwei meiner drei Töchter häufig anzutreffen sind. Auch sie sind politisch aktiv.

Was sagen deine Töchter dazu, dass du in der AL bist?

Es ist auch schon vorgekommen, dass meine Töchter an einer Demo den Spruch «Wer bringt uns in die Kiste? – Die Alternative Liste» mitskandiert haben. Dann wechseln wir kritische Blicke und reden später über dieses Thema. Allerdings muss ich dazu sagen, dass dieser Konflikt nicht nur zwischen mir und meinen Töchtern stattfindet. Er ist auch mein eigener Konflikt. Es ist ein Spagat für jemanden, der das Herz auf der Strasse hat, bei einer Partei Mitglied zu sein, welche die Verantwortung für das Polizeidepartement trägt. Es braucht schon eine gewisse Überzeugung, auf der Strasse für Anliegen zu kämpfen, die der Partei wichtig sind, und dabei von Beamten angegriffen zu werden, die dem Stadtrat der gleichen Partei unterstellt sind. Ich denke, dass die AL möglicherweise auch durch diesen Umstand an Aktivisten verloren hat.

**Interview: Corin Schäfli
Komplettes Gespräch auf al-zh.ch**

AL Buchtipp

Dayana Mordasini empfiehlt:



Latifa Nabizada: Greif nach den Sternen, Schwester. Mein Kampf gegen die Taliban. Knaur, 2016.

Latifa ist eines von zehn Kinder einer in Kabul lebenden, usbekischstämmigen Familie. Ihre Erzählung beginnt, als ihr Vater, Offizier in der afghanischen Armee, 1980 als angeblicher Mudschaheddin verhaftet wird. Sie berichtet über die Zeit unter sowjetischer Besatzung bis zum Einmarsch der Taliban. Wir erfahren von ihrem Leben als Frau in Afghanistan und wie sie und ihre Schwester es trotz widriger Umstände schaffen, die ersten Pilotinnen des Landes zu werden. Wegen dieser Errungenschaft muss sie unter Herrschaft der Taliban um ihr Leben zittern. Wer sich bei uns mit Flüchtlingen beschäftigt, wird auch Menschen aus Afghanistan kennen lernen. Dieser authentische Erfahrungsbericht gibt mit seiner klaren Sprache Einblick in die letzten 30 Jahre in Afghanistan und zeigt, wie sich die Menschen vor Ort fühlten und welche Erfahrungen sie mitbringen, wenn sie heute in der Schweiz leben. doch meist hinwegsehen.



Evi Hartmann: Wie viele Sklaven halten Sie? Über Globalisierung und Moral. Campus, 2016.

Unsere Wirtschaft macht uns alle zu Sklavenhaltern (slaveryfootprint.org).

Evi Hartmann, Professorin für Betriebswirtschaft, ortet dies im Dilemma zwischen Ethik und Moral: Wir wissen was zu tun wäre (Ethik), aber wir tun es nicht (Moral). Das führt sie auf eine fehlende Moralerziehung zurück. Und die wiederum scheitert an der banalen Tatsache, dass wir unsere Kinder entweder zu guten Menschen erziehen oder zu Individuen, die für diese Welt taugen, und beides eben nicht zu vereinbaren sei. Wir alle spielen mit im perfekt konstruierten Spiel der Globalisierung. Hartmann zeigt deren „geheime“ Spielregeln auf und macht deutlich, dass wir mit gezinkten Karten spielen und so auch die Sklavenhalter selbst Sklaven des Spiels werden. Sie schreibt unterhaltsam und erklärt verhaltenspsychologisch, wie wir gestupst werden können, damit Fairplay immer wieder möglich wird.

«Kinderbetreuung NEIN»

Dass die AL-Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» mit bloss 29.48% Ja-Stimmen einen eigentlichen Absturz erlebt hat, war für viele Schock und Überraschung zugleich. Auch für mich. Als versierter Statistiker traue ich mir im Allgemeinen realistische Prognosen zu. Natürlich erzeugt jeder Abstimmungskampf im Kernteam eine Eigendynamik und verzerrt die Aussenwahrnehmung. Doch aufgrund der Parolen – neben Linksgrün hatten auch BDP und EVP ein Ja und die Grünliberalen, eine 8-Prozent-Partei, Stimmfreigabe beschlossen – und der breiten überparteilichen Unterstützung bis zu Exponentinnen von FDP und SVP hatte ich mit einem Ergebnis deutlich über 40%, im besten Fall mit einem Ja gerechnet.

Linkes Potential knapp ausgeschöpft

Es ist krass anders gekommen. Bei den Ja-Stimmen (29.48%) ist die Initiative sogar noch leicht unter dem Stimmenanteil von Linksgrün bei den letzten Kantonsratswahlen (29.91%) geblieben. Alle Unterstützer-Parteien zusammen kamen 2015 auf 36.80% Wähleranteil, die Initiative erreichte gerade mal vier Fünftel davon. Sie blieb auch deutlich hinter den gleichentags abgestimmten Initiativen «Grüne Wirtschaft» und «AHVplus» mit je rund 38% zurück. Das Resultat liegt auch unter dem Ja-Anteil bei den linken Initiativen für eine vom Kanton mitfinanzierte Kinderbetreuung (Juni 2010: 34.53% Ja) und für die Einführung von Kinder-Ergänzungsleistungen («Chancen für Kinder»; Juni 2007: 33.18% Ja).

Erklärung tut not. An der Kampagne war kaum etwas auszusetzen. An den Finanzen ebensowenig: Mit einem Budget von 160'000 Franken hatten wir mehr Mittel als sonst zur Verfügung. Auch wurde die gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit einer funktionierenden Kinderbetreuung – zu meinem Erstaunen – von unseren Gegnern kaum bestritten.

Initiative aus gesellschaftspolitischen Gründen gescheitert

Die Abstimmungsanalyse des kantonalen Statistikamtes zeigt, dass die Kinderbetreuungs-Initiative im klassischen Links-Rechts-Schema – ähnlich wie die AHVplus-Initiative – deutlich stärker in der politischen Mitte angesiedelt und damit potentiell eher mehrheitsfähig war als die «Grüne Wirtschaft». Auf der gesellschaftspolitisch relevanten Konfliktlinie progressiv-konservativ blieb sie dagegen klar im progressiven Bereich hängen – ganz im Gegensatz zu umverteilungspoli-

tischen linken Initiativen wie AHVplus, bezahlbare Krankenkassenprämien oder Bonzensteuer, die markant mehr konservativ Wählende ansprechen.

Wie Mehrheiten im Kanton Zürich zustande kommen

Im Kanton wählten im April 2015 50.01% rechts (EDU, SVP, FDP), davon ein Drittel (32.68%) SVP/EDU. Um eine Mehrheit für eine Initiative zu erhalten, muss man...

1. entweder das gesamte Potential von Mitte-Links plus ein paar Überläufer von rechts gewinnen (funktioniert aufgrund des hohen Mieteranteils klassischerweise bei Mieter-Initiativen);
2. oder einen Grossteil von Mitte-Links ausschöpfen und einen relevanten Anteil konservativer Wähler/-innen (primär SVP) dazugewinnen (war das Erfolgsrezept bei der Prämienverbilligungs- und Pauschalsteuer-Initiative sowie den Privatisierungs-Referenden);
3. oder einen Grossteil von Mitte-Links ausschöpfen und einen relevanten Anteil (gesellschafts-)liberaler Wähler/-innen (primär FDP) dazugewinnen (auf dieses Schema haben wir bei der Kinderbetreuungs-Kampagne gesetzt).

Das Fazit

Fazit 1: wir sind zwar teilweise in die politische Mitte vorgedrungen, gleichzeitig aber im progressiven Sektor «hängengeblieben» und haben zu wenig konservativ Wählende abgeholt. Das Thema wurde bloss als sektorielles Anliegen einer Minderheit – Haushalte mit kleinen Kindern – und nicht als gesamtgesellschaftliches Problem wahrgenommen, ein Zeichen für die wachsende Entsolidarisierung unserer Gesellschaft. Zudem mobilisierte die Initiative von ihrer Positionierung her – zahlbare Betreuung auch für eher gut-verdienende Paare – auf der Linken nur schwach. Das zeigte sich erstmals im katastrophalen Ergebnis der Fundraising-Kampagne in der WoZ, das wir als Alarm-signal hätten wahrnehmen müssen. Ohne aktiven Support im eigenen Lager ist ein Sieg nie möglich.

Fazit 2: Gegen die Parteiführung errungene Parolen bringen wenig bis nichts, weil der Apparat sich dafür in der Regel nicht ins Zeug legt. Auch einzelne Überläufer/-innen aus dem gegnerischen Lager bringen nicht viel, wenn sie nicht Ausdruck einer breiten Grundströmung sind.

Niklaus Scherr, Mitglied Kampagnenteam «Kinderbetreuung JA»

Stopp der Hetze gegen das Kulturzentrum Kochareal!

Offensichtlich inspiriert von der herbstlichen Jagdsession ist im Blätterwald Ende September zum Sturm auf das besetzte Kochareal geblasen worden. Die AL bezog mit einer Fraktionserklärung im Gemeinderat klar Stellung:

Das Kochareal liegt im Gegensatz zu den bekannten Fest- und Partymeilen der Stadt Zürich in einem Gebiet, das bisher von den Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft wenig zu spüren bekommen hat. Insofern hat die AL Verständnis für die Reaktion eines Teils der Anwohnerinnen und Anwohner, die nun auch mit den Folgen des Nachtlebens konfrontiert werden. Es ist aber mehr als heuchlerisch, wenn die politische Rechte aus dem Nachtruhebedürfnis einiger Nachbarn die Legitimation für eine Anti-Besetzer-Hetze ohnegleichen ableitet. Wer bei den Ruhebedürfnissen der weniger gut betuchten Wohnklientel, z.B. im Langstrassenquartier, so konsequent wegschaut, wie die

bürgerlichen Parteien dies seit Jahren tun, hat jede Legitimation verwirkt, sich hier mit offenkundig überzogenen Argumenten für Anwohnende ins Zeug zu legen.

Die AL ersucht den Stadtrat, mit den BetreiberInnen des Kulturzentrums Auflagen auszuarbeiten, mit dem Ziel, die Anzahl Partys und Konzerte auf dem Areal zu begrenzen. Gleichzeitig darf die grosse Bedeutung autonomer Zentren für das Zusammenleben in unserer Stadt nicht verkannt werden. Sie stellen oft die letzten Freiräume einer ansonsten durchorganisierten und durchgestylten Urbanität dar und erfüllen wichtige soziale und kulturelle Funktionen. Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, dem Grundsatz 'Keine Räumung auf Vorrat' gerade in einer seiner eigenen Liegenschaften ebenso treu zu bleiben wie dem eingeschlagenen Weg des Dialogs.

Markus Gafner, Fraktionssekretär

AL fordert: kein Abbau der Prämienverbilligung!

Anfang Oktober hat der Regierungsrat seine letzte Abbaumassnahme im Rahmen der «Leistungsüberprüfung 2016» (Lü16) vorgestellt. Bei der individuellen Verbilligung der Krankenkassenprämien sollen jährlich 40 Mio. Franken gestrichen werden. Der unsoziale Charakter der permanenten Sparpolitik in Verbindung mit Steuernachlässen für Wohlhabende und Grossfirmen tritt nirgends so deutlich zutage wie hier. Um das zu verschleiern, hat die Regierung die geplante Abbaumassnahme in eine Optimierungsvorlage verpackt.

Effizienzverbesserungen als Auftakt...

«Verbesserungen am Prämienverbilligungssystem»: Im Jargon des Regierungsrates kommt die Vorlage betont harmlos daher. Sie verquickt Lü16-Sparmassnahmen mit organisatorischen Verbesserungsvorschlägen. Gegen eine bessere Zielgenauigkeit bei der Prämienverbilligung ist nichts einzuwenden. Es ein altes Anliegen, dass die Berechnungsgrundlagen für die Anspruchsberechtigung präziser gefasst werden. Bisher wurde der Anspruch aufgrund der Steuerdaten ermittelt, was zu zahlreichen Verzerrungen führte. So bekamen dank Steuerabzügen für Hypotheken oder Einkäufen in die Pensionskasse plötzlich wohlhabende Steueroptimierer Anrecht auf Prämienverbilligungen. Hier soll im Gesetz nachgebessert werden, indem das Vermögen angerechnet und verschiedene Abzüge nicht mehr berücksichtigt werden. Diese berechtigten Korrekturen sind höchstens in einer Hinsicht kritisch zu hinterfragen: Sie dürfen nicht mit einem übermässigen bürokratischen Aufwand erkaufte werden.

...für Leistungsabbau

Aber auch sonst ist die sogenannte Optimierung nicht ganz ohne. Die bisherige Zielgrösse, wonach mindestens 30 Prozent der Erwachsenen in den Genuss von individuellen Prämienverbilligungen (IPV) kommen müssen, wird aus dem Gesetz gestrichen. Diese Regelung wurde dank einer siegreichen AL-Volksinitiative am 23. September 2001 ins Gesetz aufgenommen und garantiert, dass auch der untere Mittelstand in den Genuss von Zuschüssen kommt.

Neu will der Regierungsrat über eine

Verordnung in Eigenregie definieren, bis zu welchem Einkommen noch ein Anspruch besteht. Die Gefahr ist gross, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten nicht mehr nach sozialen Vorgaben, sondern anhand der knapper werdenden finanziellen Mittel definiert wird. Dann droht angesichts des permanenten Spardrucks, dass der Bezügerkreis eingeschränkt und die Prämienverbilligung zu einem Fürsorgesystem um- und abgebaut wird.

Ab 2018: 40 Millionen weniger Verbilligungsgelder

Wenn die Abbaupolitik schon in der Optimierungsvorlage (Teil B) deutlich durchschimmert, so ist sie in der vorgezogenen Lü16-Vorlage (Teil A) unverschleiert: Jugendliche in Ausbildung von gutverdienenden Eltern sollen keine Prämienverbilligung mehr erhalten. Die so eingesparten Mittel sollen aber nicht für jene bereitgestellt werden, die sie nötig haben, sondern kurzerhand weggespart werden. Dank einer Reduktion des Kantonsanteils von 80 auf 70 Prozent der Bundeszuschüsse sollen dem Prämienverbilligungssystem rund 40 Mio Franken entzogen werden.

Die kontinuierlich steigenden Kopfprämien sind heute eine enorme Belas-

tung für Familien und Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen. Gleichzeitig stehen immer weniger Mittel für die Prämienverbilligung zur Verfügung. Dies deshalb, weil aus dem Prämienverbilligungstopf auch die Prämienübernahmen für Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehende bezahlt werden. Und weil besonders bei den Ergänzungsleistungen die Fallzahlen steigen, fliesst immer mehr Geld dorthin und für die eigentliche Prämienverbilligung bleibt immer weniger Geld übrig. Damit es hier nicht zu einem schleichenden Abbau kommt, müssen die dank Optimierungsmassnahmen freiwerdenden Mittel im System verbleiben und dürfen nicht zu Sparzwecken missbraucht werden.

Widerstand ist angesagt

Wie geht es weiter? Es ist damit zu rechnen, dass die Teile A und B der Vorlage im Kantonsrat getrennt behandelt und beschlossen werden; damit könnten beide Teile separat dem Referendum unterstellt werden. Entschiedener Widerstand – nicht nur seitens der AL – gegen die Reduktion des Kantonsanteils an der Prämienverbilligung und weitere Abbaumassnahmen zeichnet sich ab.

Kaspar Bütikofer, Kantonsrat



Kantonsspital Winterthur: Gewinne bald privat – Verluste dem Staat?

Eine bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat will das Kantonsspital Winterthur (KSW) von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine private Aktiengesellschaft umwandeln. Die AL wird zusammen mit SP und Grünen das Referendum dagegen ergreifen. AL-Kantonsrat Kaspar Bütikofer erklärt, weshalb.



Kaspar, eine ganz naive Einstiegsfrage: Viele Spitäler sind privat. Warum soll das nicht auch für das KSW gelten?

Es ist keineswegs so, dass die Spitalversorgung

im Kanton Zürich auf privater Basis organisiert ist. Bis vor kurzem waren Kanton und Gemeinden für die Spitalversorgung verantwortlich. Dementsprechend ist die Spitallandschaft strukturiert: Der Kanton betreibt mit dem Universitätsspital und dem Kantonsspital Winterthur die beiden grössten Häuser. Daneben gibt es zahlreiche Spitäler, die von Gemeinden getragen werden. Und es gibt gemeinnützige Stiftungen mit langer Tradition wie das Kinderspital, das Diakoniewerk Neumünster (Spital Zollikerberg) oder die Schulthess-Klinik.

Unter den 15 grössten Spitälern mit mehr als 5000 Behandlungen pro Jahr gibt es lediglich ein gewinnorientiertes privates Spital, die Hirslanden-Klinik. Dieses Spital ist hinter dem Triemli das viertgrösste Spital, trägt aber kaum zur Grundversorgung der Bevölkerung bei, denn es behandelt nur knapp 25 Prozent allgemein versicherte Patientinnen und Patienten. Es ist darauf ausgelegt, mit den Zusatzversicherten so viel Gewinn wie möglich aus dem schweizerischen Gesundheitssystem herauszuholen. Es generiert mit den Zusatzversicherten einen Ertrag von 185 Mio Franken, das ist das doppelt soviel wie der Ertrag des rund doppelt so grossen Uni-Spitals!

Welche Punkte der Vorlage kritisiert die AL insbesondere?

Jede Auslagerung ist eine Entpolitisierung. Durch die Umwandlung in eine privatrechtliche AG wird das KSW dem politischen Zugriff entzogen. Ein vom Regierungsrat eingesetzter Verwaltungs-

rat wird über die finanzielle Entwicklung, medizinische Ausrichtung und Positionierung in der Region entscheiden können. Der Regierungsrat wird sich aus der Verantwortung nehmen und die Oberaufsicht durch den Kantonsrat wird stark beschnitten.

Doch dies ist noch das kleinere Übel an der AG-Gründung. Das grössere Problem ist, dass die Vorlage klar als Privatisierungsvorlage ausgestaltet ist. Das heisst, der Regierungsrat kann schon nach fünf Jahren die Aktien verkaufen. Gegen einen Totalausverkauf des Spitals können Kantonsrat und Volk erst dann etwas sagen, wenn die absolute Mehrheit verkauft werden soll. Doch dann ist es in der Regel zu spät, denn mit einem schrittweisen Ausverkauf ist bereits ein fait accompli geschaffen worden.

Aufhorchen lässt die Aussage des Gesundheitsdirektors, Thomas Heiniger, dass er das KSW «entkantonalisieren» wolle. Damit kann nur ein Verkauf der Aktien gemeint sein!

Welche Folgen hat die Rechtsform für das Personal?

Das Personal wird von öffentlich-rechtlichen Anstellungsbedingungen ins Privatrecht überführt. Die Auswirkungen dürften im ersten Moment nicht so gravierend sein. Ehrlich gesagt, ist das kantonale Personalrecht nicht gerade das Gelbe vom Ei. Der entscheidende Vorteil ist der Kündigungsschutz. Mittelfristig ist die Entwicklung aber nicht abzuschätzen: Darum hat die AL eine Abschlusspflicht für einen Gesamtarbeitsvertrag gefordert. Wir wissen nicht, ob einzelne Abteilungen ausgelagert werden, wie beispielsweise das Unterhalts- und Reinigungspersonal. Die Erfahrung zeigt, dass dann die Anstellungsbedingungen unter Druck kommen. Ohne grosse prophetische Gabe lässt sich sicher eines sagen: im KSW wird die Lohnschere aufgehen!

Was bedeutet die Auslagerung für die medizinische Grundversorgung im nördlichen Teil des Kantons? Steht sie tatsächlich auf dem Spiel?

Das KSW ist das zweitgrösste Spital im Kanton und faktisch der alleinige Grundversorger für die Bevölkerung in der nördlichen Hälfte des Kantons. Will der Kanton seine Aufgabe als Garant einer hochstehenden und wirtschaftli-

chen Spitalversorgung in dieser Region ernst nehmen, muss er dieses Spital selbst betreiben. Sollte das KSW dereinst auf Gewinn getrimmt werden, und das wäre der Fall, wenn private Investoren ans Ruder kämen, dann würde auf das lukrative Segment der Zusatzversicherten Patientinnen und Patienten gesetzt. Dies geht dann zu Lasten der medizinischen Grundversorgung für die Allgemeinversicherten. An diesem Punkt beginnt die Zweiklassenmedizin!

Das KSW ist wegen seiner Grösse und geographischen Lage systemrelevant. Es ist to big to fail. Aufgrund der Gewährleistungspflicht durch den Kanton wird auch ein privatisiertes KSW über eine faktische Staatsgarantie verfügen. Wie heisst es so schön: Gewinne privat – Verluste dem Staat!

Welche Chancen rechnest du dir bei einer Volksabstimmung aus?

Das Referendum ist so gut wie beschlossen. Ich gehe davon aus, dass nach Abschluss der zweiten Lesung das Behördenreferendum ergriffen wird. Ich rechne mir in einer Volksabstimmung gute Chancen aus. Bei einer blossen Umwandlung in eine AG hätten wir es wahrscheinlich schwer gehabt. Dass dem Regierungsrat im Gesetz plein pouvoir zum Veräussern der Aktien gegeben wird, dürfte jedoch bei einer Mehrheit – besonders im Einzugsgebiet des KSW – auf starke Kritik stossen.

Interview: Markus Gafner



Sparvorlagen und Leistungsabbau



Neben dem kommenden Budget beschäftigt sich der Kantonsrat zurzeit auch mit den regierungsrätlichen Vorlagen zum Leistungsabbaupaket LÜ16. Diese Vorlagen müssen

innerhalb von sechs Monaten von den vorberatenden Kommissionen im Rat behandelt werden. Ein durchaus sportlicher Zeitplan für Riesengeschäfte wie die geplante Schliessung der Lehrwerkstätten.

Auch die Beratung des Budgets selbst kommt näher - hier dürfen wir erwarten, dass die bürgerliche Ratsmehrheit noch weitergehende Sparanträge einbringen wird und dabei eine stinkfreche Klientelpolitik betrieben wird: Kaum auf Unterstützung dürfen die sozial Schwachen hoffen, der Abbau von Sozialleistungen und Prämienverbilligungen wird wohl durch die Ratsmehrheit abgewunken. Umso störender ist, dass die Bürgerlichen wohl die Anpassung des Pendlerabzugs wieder streichen werden, auch dies mittels anderer Sparmassnahmen zulasten der Schwächeren. Auch hört man bereits

munkeln, dass die Anpassung der Spitalfinanzierung so manchen ein Dorn im Auge ist, da Spitäler mit mehr Privatversicherten auch stärker zur Kasse gebeten werden...

Landesverweis als Einzelrichter-Lotterie

Vor kurzem wurde im Tages-Anzeiger darüber berichtet, dass die Parteizugehörigkeit bei Asylbescheiden eine wichtige Rolle spielt. Konservative Richter entscheiden oftmals nach Parteibuch, während andere genauer hinschauen. Entweder haben Rekurrenten daher Glück mit dem Richter oder können sich, wie es die Zeitung schön karikiert, den Entscheid selbst ausmalen. Hier kann ein Kollegialgericht eine gewisse Abhilfe verschaffen, da dieses in der Regel besser eingemittete Entscheide fällt. Es wäre nichts als folgerichtig, dass bei Prozessen gegen in der Schweiz wohnhaften Straftäter, die zu einem Landesverweis führen können, ein Entscheid im Dreiergremium gefällt wird. Anders sahen dies im Rat die Bürgerlichen: Unter der Begründung, dies wäre zu teuer, wurde bestimmt, dass erst ab einem Strafmass von satten 10 Jahren ein Kollegialentscheid nötig ist.

Manuel Sahli, Kantonrat

Wundermittel gegen Gewalt?



Das Polizeidepartement hat die Arbeitsgruppe PIUS «Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern» ins Leben gerufen. Im Teilprojekt «Übergriffe auf Mitarbeiter» soll geklärt

werden, ob dank Bodycams die Gewalt gegen Polizisten minimiert werden kann. Von der Idee eines Pilotversuchs musste die Stadtpolizei aus gesetzlichen Gründen zunächst zurückkriechen. Zurzeit werden Lösungen gesucht, wie man den Versuch trotzdem starten kann. Da ich für die AL in der Sicherheitskommission sitze, wurde ich in den letzten Wochen immer wieder nach meiner Haltung gefragt.

Die Universität Cambridge hat eine Studie aus Städten in Kalifornien und Grossbritannien veröffentlicht und darin einen fast märchenhaften Erfolg von Bodycams festgestellt – allerdings nicht bezüglich Gewalt gegen Polizisten, sondern bezüglich Gewalt von Polizisten. In den 12 Monaten vor der Studie zählten Statistiker 1,2 Beschwerden pro Polizist.

Nach einem Jahr Videobeobachtung fiel dieser Wert auf 0,08. Die Polizisten gingen demnach rücksichtsvoller mit BürgerInnen um. In der Schweiz wie auch in Deutschland sollen Bodycams aber eingesetzt werden, um die Gewalt gegen Polizisten zu dokumentieren. Entscheiden die Polizisten selbst, wann die Kamera läuft, ist das in meinen Augen nicht zielführend. So hat man in den USA gesehen, dass die Polizisten die Kamera abschalten, wenn die Situation gegen sie spricht. Spannend ist auch, dass sich der Verband Schweizerischer Polizeibeamter in einem Positionspapier gegen die Einführung von Bodycams ausspricht: Erstens könnten dauernd laufende Kameras die psychische Gesundheit des Personals beeinträchtigen. Zweitens sei man grundsätzlich gegen die totale Überwachung von Polizisten.

Ich persönlich glaube nicht an das Wundermittel Bodycams. Aber noch ist es schwer, ein definitives Urteil zu fällen. Denn es ist noch nicht klar, wie die Bodycams ausgestattet sind, wie die Videoaufzeichnung, -aufbewahrung und Löschfristen aussehen und wie ich als Bürgerin zu diesen Aufnahmen gelangen kann.

Christina Schiller, Gemeinderätin

AL-InhALte mit Biss:

27. September: Die kantonale AL-Vollversammlung beschliesst die Unterstützung der **Entlastungsinitiative** der JUSO. Mit der Einführung einer neuen Progressionsstufe und der Erhöhung des Freibetrags auf 20'000 Franken sollen hohe Einkommen stärker besteuert, dafür Menschen mit tiefem und mittlerem Einkommen entlastet werden. Unter dem Strich profitieren 90% der SteuerzahlerInnen von der Entlastungsinitiative, 10% würden stärker zur Kasse gebeten als bisher. Infos unter www.entlastung-jetzt.ch.

4. Oktober: Winterthur hat seine Wärmering-Affäre, Zürich das **Hagenholz-Kreditdebakel**. Beidemal haben Chefbeamte gepfuscht und vertuscht. In Winterthur wird gehandelt, in Zürich wird abgewiegt und beschönigt. Um 14,7 Mio. Franken bzw. sagenhafte 20% wurde der Baukredit für das ERZ-Logistikzentrum Hagenholz überschritten. Die AL fordert in einer Medienmitteilung personelle Konsequenzen und die Offenlegung der Untersuchungsberichte. «Nicht nur die Zeit des Händchenhaltens ist vorbei, auch die Ära der Geheimniskrämerei», mahnt die AL-Gemeinderatsfraktion an die Adresse des Departements von Stadtrat Filippo Leutenegger.



4.-6. Oktober: Brückenschlag zwischen Zürich und der kurdischen Stadt **Amed/Diyarbakir**. Das Projekt wurde von AL-Gemeinderätin Ezgi Akyol und SP-Gemeinderätin Rebekka Wyler initiiert. Anfang Oktober besucht eine Delegation aus Diyarbakir Zürich.

6. Oktober: An einer internen Veranstaltung diskutieren 15 AL-Mitglieder und SympathisantInnen den Entwurf eines Grundlagenpapiers zur **Polizeiarbeit**. Die Debatte verläuft angeregt und stets auf sachlicher Ebene. Die Ergebnisse werden in den kommenden Wochen in eine Überarbeitung des Papiers einfließen.

Unitopie



Ohne einen Plan oder grosse Motivation hatte ich mich damals an der Uni eingeschrieben. Da geschah gleich das Beste: Ein Sleep-In im

Lichthof und die Besetzung des Germanistischen Seminars wurden angesagt. Es handelte sich um eine sponti-Aktion mit dem Namen Unitopie. Das fand ich spannend und animierte mich abends zu meiner ersten politischen Tat: Die Gründung der Arbeitsgruppe Theater. Am nächsten Tag fand eine weitere Versammlung statt und meine zweite Tat: Die Gründung der AG Information und Kommunikation. In krassem Gegensatz zur ersten fand diese Gruppe schnell viele Mitglieder. Die meisten verstanden zwar etwas anderes als ich unter dem Zweck der Vereinigung, aber es folgten viele engagierte Diskussionen und Treffen, Freundschaften und Liebschaften.

Es war eine tolle Stimmung, ein Kampf, eine Auslegeordnung der aktuellen Debatten, ich lernte, was gendergerechte Sprache ist und wir alle setzten uns für Mitbestimmung und mehr Fantasie an der Uni ein.

Heute könnte man sagen, dass wir gescheitert sind: das Punktesammeln à la Bologna war jedenfalls nicht unsere Idee und die Studiengebühren sind trotz unserem Widerstand massiv angestiegen. Was bleibt von der Unitopie? Mein Studium hat unglaublichen Schub bekommen, Foucault und Bourdieu hätte ich wohl nicht gelesen, wenn ich nicht im Büro des VSU rumgegangen hätte statt Vorlesungen zu besuchen.

Auf einen Schlag kannte ich 200 Studis aus unterschiedlichen Fächern, ich konnte jederzeit in die Cafeteria gehen und traf interessante Mitstudierende die sich politisch engagierten.

Die Uni war zu dieser Zeit nicht mehr der anonyme Betrieb mit labyrinthischen Anforderungen sondern zu einem Gebilde geworden, welches ich mitgestalten wollte. Diese Schule hat mich geprägt und ich sehe heute immer wieder MitstreiterInnen, die nach Abstimmungs-Niederlagen aufstehen um die Utopie zu reanimieren.

Richard Blättler

WLAN an Schulen – sinnvoll oder überflüssig?

Soll an Schulen WLAN zur Verfügung stehen? Edi Böni und Dayana Mordasini sind da ganz unterschiedlicher Meinung...

Dass an den Schulen auch der Umgang mit Internet vermittelt und praktiziert werden soll, ist meiner Ansicht nach zeitgemäss und sinnvoll. Die Frage ist, ob kabelloser Internetzugang für alle installiert werden oder ob Internet nur per Kabel verfügbar sein soll.

Bei der Verwendung von WLAN stellt sich unter anderem die Frage, ob die damit verbundene elektromagnetische Strahlung der Gesundheit Schaden zufügen kann und ob diese innerhalb des Tolerierbaren liegt, bzw. auf ein verträgliches Mass reduziert werden kann. Bezüglich Schädlichkeit streiten sich die Fachleute: Während es Studien gibt, welche gewisse gesundheitliche Probleme auf elektromagnetische Strahlen zurückführen, ist WLAN bereits in praktisch allen bewohnten Gebieten verbreitet und im Allgemeinen leidet die Mehrheit der Menschen nicht spezifisch – auf jedenfall nicht wahrnehmbar – darunter.

Ein grosser Vorteil von kabellosem Internet ist, wie der Name schon sagt, dass für den Empfang auf Kabel zwischen Router und Compi verzichtet werden kann und dass dadurch für die NutzerInnen eine grosse Mobilität und Flexibilität entsteht. Wenn man nur schon an den Kabelsalat mit den zahllosen Geräten denkt, an die Stolperfallen und die immer wieder Mal defekten Verbindungen, die so vermieden werden können.

Eine technische Weiterentwicklung an den Schulen und allfällige Gesundheitsprobleme stehen sich gegenüber. Wenn WLAN an den Schulen installiert wird, dann soll auch darauf geachtet werden, dass gesundheitliche Aspekte berücksichtigt und schädliche Auswirkungen minimiert werden.

Für die Übermittlung von elektromagnetischen Signalen wird Energie benötigt und je weiter Sender und Empfänger auseinander liegen, umso mehr davon wird nötig. Dazu kommen Hauswände als weitere Behinderung der Signalstärke. Für den Empfang ist es also ein Vorteil, wenn Sender und Empfänger nahe zusammen liegen und es keine Hindernisse gibt. Deshalb ist es sinnvoll, WLAN-Router in den einzelnen Schulzimmern zu installieren, die bei nicht-Gebrauch abgeschaltet werden können.

Edi Böni, Schulpfleger

Ich: «Wie viel mal pro Woche benutzt ihr Computer in der Schule?»

Er (5.-Klässler): «Höchstens drei- bis viermal. Um etwas auszudrucken.»

Ich: «Desktop oder Laptop?»

Er: «Hä?!»

Ich: «Tragt ihr die Computer dabei rum?»

Er: «Nein, wieso auch?»

Mein Primarschüler zuhause braucht kein WLAN. Und ich finde, Primarschulhäuser brauchen kein WLAN. Die ganze Strahlungsthematik per se ist eine Argumentationslinie für sich, aber solange Familien ihre Geräte nicht ausschalten und mit dem eingeschalteten Handy neben dem Kopfkissen schlafen, erübrigt sich die Diskussion. Mir geht es um einen anderen Punkt.

Ich finde, 5- bis 12-Jährige müssen nicht in der Schule im Umgang mit Geräten wie Iphone, Tablett und Co. geschult werden. Medienkompetenz vermitteln, heisst für mich «weniger ist mehr» leben. Ich bin dafür, dass in der Primarschule möglichst wenige Geräte zum Einsatz kommen und dass die Schule hier eine Vorbildfunktion einnimmt. Es reicht, wenn Geräte ab der Oberstufe sinnvoll und in selbstbestimmtem Lernen eingesetzt werden: zu Recherchezwecken, zum Lernen von Vokabeln und hoffentlich auch zum Lernen von Programmiersprachen. Primarschüler sollen sich möglichst viel bewegen, aber bitte im Freien, beim Sport, auf Ausflügen aber nicht im ganzen Schulhaus mit dem Laptop in der Hand! Und wenn der Umgang mit den neuen Medien Thema ist, dann werden externe Fachpersonen hinzugezogen, die mit den Kindern die Herausforderungen besprechen. Über einen Beamer. Praxis in der Schule findet keine statt, diese dominiert bei den meisten die Freizeit zu Genüge.

Ich weiss, meine Meinung ist – im O-Ton meiner Tochter (14) – sowas von konservativ und von gestern. Aber wieso können wir uns nicht im Umgang mit internetfähigen Geräten mässigen und zumindest in der Primarschule davon absehen, dies als «must-have» zu definieren? Wieso kann die Schule während der Schulzeit nicht auf den dauernden Zugang zum Netz verzichten? Ich sehe weitaus dringendere Aufgaben, als jedes Schulzimmer mit WLAN-Access-Points auszurüsten. Bleiben wir doch beim Wesentlichen!

Dayana Mordasini